

Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 28. August 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0090

**Vorklärung zur eventuellen Einrichtung einer ‚papierlosen Rathauses‘
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 12.07.2012 -**

Die Stadt Duisburg hat laut Pressebericht vom 10.07.2012 (FAZ) probeweise ein ‚papierloses Rathaus‘ als einjähriges Pilotprojekt beschlossen. Unsere Nachbarstadt Frankfurt/M erwägt demselben Pressebericht gemäß, es der Stadt Duisburg gleich zu tun. Von erheblichen Kosteneinsparungen ist die Rede.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu klären, wie viele Stadtverordnete und Magistratsmitglieder ein ‚papierloses Rathaus‘ akzeptieren würden,
- darzulegen, wie eine elektronische Hardwareausstattung der Mandatsträger und der Magistratsmitglieder ggf. aussehen müsste und welche Kosten dafür insgesamt entstünden,
- eine Schätzung vorzunehmen, in welchem Umfang Einsparungen bei Einführung eines ‚papierlosen Rathauses‘ durch den Wegfall des Printmaterials erzielt werden könnten.

Beschluss Nr. 0065

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2012

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2012

Dezernat I/10
und I/16
in Verbindung mit
I/20
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister